

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Redakt.: Berlin C 25, Al. Alexanderstr. 28, Tel.: E 1 Berlin 5481, Tel.-Adr.: Roffahne Berlin. Verl.: Verein. Zeitungsverlage GmbH, Berlin C 25, Al. Alexanderstr. 28. Postfach: Berlin NW 27 970.

Erscheint täglich außer Montags

Anzeigenverwaltung: „Das Inserat“, Allgemeine Inseraten-Expeditio G. m. b. H., Berlin W 9, Schillingstraße 1, Telefon: B 1 Kurfürst 1925/26. Schluß der Anzeigenannahme 16 Uhr.

Bezugspreis vorauszahlb. pro Woche 60 Pf., monatl. 2,60 M. erm. Trägerlohn in Berlin u. Orten m. etw. Zuteilg. Postbezugs auswärts Bestellgeld 2,60 M.; Streifenband im Ausland 4,20 M.; u. d. Ausland 4,50 M.

Begründet von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Anzeigenpreis: Die 12sp. Wählertabelle 35 Pf.; die 3sp. Zeit- u. Wählertabelle 2,50 M. Arbeitertabelle u. Familienanz.: 20 Pf. Kleine Anz.: Zeitwort 20 Pf., Ueberdruck 30 Pf., Arbeitmarkt: Wort 5 Pf.

Zwangsarbeit droht der Jugend

Groeners Pläne für Arbeitsdienstpflcht fertiggestellt — Anschlag gegen die proletarische Jugend — Reichsbannerarbeiter sollen abgerüstet werden — Schlägt Alarm! — Marchiert am 1. Mai gegen Militarisierung der Arbeiterjugend!

Der Reichswehrminister Groener hat gestern dem Reichspräsidenten Hindenburg über die Reichsbannerfrage Vorschlag gehalten. Groener schlug vor, der Auflösung der Schulabteilungen des Reichsbanners den völligen Abbau aller Abwehrmaßnahmen im Reichsbanner folgen zu lassen und es ganz in einen „Verband republikanischer Kriegsteilnehmer“ umzuwandeln.

Im Reichsinnenministerium ist daneben ein Plan Groeners zur Verstaatlichung der Jugendorganisation durch die Einführung einer Arbeitsdienstpflcht fertiggestellt worden. Er soll gestern ebenfalls Hindenburg vorgetragen worden sein. Die Arbeitsdienstpflcht soll sowohl durch staatliche Organisationen wie durch private Verbände durchgeführt werden. Die Dienstpflcht soll auch körperliche, d. h. militärische Ausbildung der Jugend umfassen.

Das Scheinverbot der SA bildet den Ausgangspunkt dieser faschistischen Maßnahmen der Regierung Groener-Brüning. Die Reichsbannerarbeiter sollen ganz abgerüstet, sollen ihre Abwehrbereitschaft aufheben, während überall in ganz Deutschland die SA-Banden nach wie vor schießen und stehen. Die Reichsbannerarbeiter müssen auf die Abrüstungsforderung Groeners mit dem Zusammenschluß mit ihren kommunistischen Klassengenossen im gemeinsamen antifaschistischen Kampfe antworten!

Alarmierend ist die Fertigstellung der Pläne auf die Einführung der Arbeitsdienstpflcht, die vom Reichstag beschlossen werden soll. Die Verstaatlichung der Jugendorganisationen bedeutet offenbar auch einen Verbotsfeldzug gegen den kommunistischen Jugendverband, gegen die ganze revolutionäre Front der Arbeiterjugend.

Die Jugend hat keinen Funken Vertrauen zum kapitalistischen Staat. Sie glaubt nicht mehr an seine Zukunft. Hunderttausende von werktätigen Jugendlichen in Deutschland haben noch nie einen Betrieb von innen gesehen, sie liegen erwerbslos auf der Straße. Sie sollen ohne Tariflöhne, als Rekruten einer Zwangsarbeit, Lohndrücker gegenüber den beschäftigten Jugendlichen und der gesamten Arbeiterklasse werden. In den Arbeitsdienstpflchlager wird jener Geist gezeugt werden, den die Kapitalistenklasse für die Vorbereitung eines Krieges gegen die Sowjetunion braucht.

Die Pläne Groeners sind also ein weiterer bedeutender Schritt in der Faschisierung Deutschlands. Sie sind ein Anschlag auf die Freiheit und das Koalitionsrecht der Jugend, die unter der roten Fahne des Klassenkampfes in der ersten Reihe marchiert.

Mit dem kommunistischen Jugendverband muß die gesamte Arbeiterklasse sich machen gegen die Arbeitsdienstpflcht, gegen die Militarisierung der werktätigen Jugend, für eine ausreichende Unterstützung der erwerbslosen Jugendlichen. Jetzt erst recht alle Kräfte für die Einreichung der Millionen junger Arbeiter und Werktätiger in die Front des Kommunismus!

Mitglieder der Sozialistischen Arbeiterjugend, des Sozialistischen Jugendverbandes, freie Junggewerkschafter und Jungpartiler, kämpft gemeinsam mit den Jungkommunisten und der KPD gegen die Militarierungspläne der Groener-Brüning, der Verbündeten der sozialdemokratischen Führerschaft!

Der 1. Mai steht im Zeichen des Aufmarsches der roten Einheitsfront gegen die faschistische Arbeitsdienstpflcht, für Arbeit, Brot und Freiheit durch den siegreichen Sozialismus.

Aus dem Inhalt:

- 1. Mai in Braunschweig und Oldenburg verboten!
- Preußen-SPD kühnhandelt mit Nazis
- Wie die SA in Berlin weiter existiert

Gemeinsamer Kampf gegen Hunger und Faschismus

Zwei Antworten auf zwei Fragen

Zwei Fragen sind es, die alle Arbeiter bewegen: die Frage: Wie kann dem wachsenden Elend, der Lämme des Hungers und der Not, die über die Millionen Arbeiter hereingebrochen ist, Einhalt geboten werden? — und die Frage: Wie kann der Faschismus, der die Arbeiterklasse bedroht, dessen Fanden Arbeiterwohnungen überfallen und Arbeiter niederschlagen, bekämpft werden?

Diese beiden Fragen sind brennend für die Arbeiterklasse geworden. Sie stehen im Mittelpunkt der Diskussionen in den Betrieben, an den Stammtischen und wo immer Arbeiter zusammenkommen. Diese Fragen werden ebenso von den parteilosen, sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeitern gestellt. Die Bourgeoisie und die sozialdemokratische Partei haben während des Wahlkampfes mit mehr oder weniger Erfolg versucht, die Arbeiter von diesen brennenden Fragen in ihrer Weise abzulenken. Aber das Ergebnis der Wahlen stellt sie nur noch schärfer in den Mittelpunkt des Interesses der Arbeiterklasse.

Sozialdemokratie und die Führer der reformistischen Gewerkschaften sind dafür eingetreten, daß als Reichspräsident Hindenburg wiedergewählt wurde. Derselbe Hindenburg, unter dessen Präsidentschaft der deutsche Kapitalismus in die fürchterliche Krise hineingeraten ist, Hindenburg, der alle Notverordnungen unterschrieben hat, die die Brüning-Groener-Regierung zur Aufbahrung der Krisenlasten auf die Arbeiterklasse durchführt. Die Sozialdemokratie war für die Wahl Hindenburgs mit der Behauptung, daß Hindenburg die Garantie bietet für eine ruhige, stetige Entwicklung, an deren Ende in absehbarer Zeit eine neue Konjunktur, die Überwindung der kapitalistischen Krise, stehen werde. Hindenburg bietet angeblich die Garantie dafür, daß die Arbeiterklasse nicht völlig entrechtet und unterdrückt werde.

Hindenburg ist Reichspräsident geblieben. Aber der Kurs der Bourgeoisie und ihrer Regierung ist nach wie vor darauf gerichtet, den Ausweg aus der Krise auf dem Rücken des Proletariats zu suchen. Für den Wiederaufschwung der kapitalistischen Wirtschaft liegen gegenwärtig nicht die geringsten Anzeichen vor und am Horizont der kapitalistischen Wirtschaft ist auch nicht der Schein eines „Silberstreifens“ zu sehen. Im Gegenteil!

Die Sozialdemokratie hat den preussischen Wahlkampf ferner mit der Behauptung geführt, daß Braun-Severing ein „Bollwerk der Demokratie gegen den Faschismus“ sei. Die Sozialdemokratie hat geflissentlich im großen Teile der deutschen Arbeiterklasse die Auffassung erzeugt, daß der Faschismus lediglich die Hitlerbewegung sei, und daß es nur darauf ankomme, Hitler nicht in die Regierung zu lassen, um den Faschismus entscheidend zurückzuschlagen. Das Wahlergebnis der Präsidentschaftswahl und noch mehr das der preussischen Wahlen zeigt aber den weiteren Vormarsch des Hitlerfaschismus.

Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein, sagt Karl Marx im kommunistischen Manifest. Die Sozialdemokratische Partei hat diesen fundamentalen Grundsatz des Kampfes der Arbeiterklasse um den Sozialismus verraten. Das Ergebnis ihrer Politik ist die Spaltung der Arbeiterklasse, die Schwächung ihrer Klassenkraft. Die Folge ist die Tatsache, daß Millionen Werktätiger an der Kraft des Proletariats verzweifeln und politischen Charlatanen wie Hitler

Japans tägliche Kriegsprovokation

Massenverhaftung von Sowjetrussen — Cosowski mahnt die Arbeiterklasse an ihre Pflicht

Im Fernen Osten hat die Polizei der mandchurischen Schattenregierung wiederum 48 Sowjetrussen, Angestellte der Ostchinesischen Bahn, verhaftet. Sie werden beschuldigt, einer „Organisation von 300 aktiven Terroristen“ angehört zu haben, deren Ziel Sprengstoffanschläge auf japanische Kruppentransporte sei. Die Regierung will 300 Verhaftungen vornehmen.

Auf dem 9. Kongress der Sowjetgewerkschaften in Moskau nahm Genosse Cosowski das Wort zu folgenden Ausführungen über die drohende Kriegsgefahr:

„Die enorme Steigerung der Rüstungen nimmt in allen Ländern außerordentlich drohende Ausmaße an. Die Sowjetunion hat ihre Friedensliebe bewiesen. Doch nicht von uns hängt der Ausgang der sich entwickelnden Geschäfte ab; die Kriegsgefahr nähert sich den Grenzen des Landes der proletarischen Diktatur. Die Bourgeoisie der ganzen Welt sammelt ihre Kräfte, um sie gegen die Sowjetunion, gegen das Weltproletariat zu richten. Im Kriege sucht sie den Ausweg aus der Wirtschaftskrise, die die kapitalistischen Länder würgt.“

Genosse Cosowski erklärte zum Schluß:

„Jetzt, da der Krieg faktisch bereits im Fernen Osten begonnen hat, da er sich den Grenzen der Sowjetunion nähert, ist die rascheste Mobilisierung und Organisation der Arbeitermassen der ganzen Welt von enormer Bedeutung. Die Grundaufgabe der KPD ist die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse, vor allem in den größten und sodann auch in allen Ländern der Welt. Wie immer die Bourgeoisie und ihre reformistischen Agenten manövrieren mögen, es wird ihnen nicht gelingen, die Arbeiterbewegung zu zerstückeln. Es gibt keine Kraft, die die proletarische Revolution aufhalten könnte. Es ist unsere Pflicht, zu erreichen, daß die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise die letzte Krise sei.“

Der Krieg nähert sich den Grenzen der Sowjetunion. Die Sympathien der Werktätigen gehören der Sowjetunion. Wir kämpfen gegen den Krieg, wir wenden alles an, um ihn hinaus-

zuführen, doch wenn er hereinbrechen, wenn die Bourgeoisie die Sowjetunion angreifen wird, werden die Mitglieder der KPD in der ganzen Welt gemeinsam mit den Arbeitern der Sowjetunion für die Sowjetunion und für den endgültigen Sieg und Triumph des Kommunismus kämpfen.“ (Stürmische Zustimmung.)

21 Monate Gefängnis für roten Flugblattverteiler

Leipzig, 26. April. (Eig. Bericht.) Der 4. Strafsenat des Reichsgerichts verurteilte heute den Saitler Martin Hörsig aus Chemnitz wegen Vorbereitung des Hochverrats, Bergens gegen das Republikanengesetz und wegen Urkundenfälschung zu 21 Jahren Gefängnis. Dem Angeklagten wurde die Ueberzeugungstäterschaft zugestanden. Er soll in Chemnitz und Umgebung zahlreiche Flugblätter und Zeitungen mit der Aufforderung verbreitet haben, dem verbotenen roten Frontkämpfer-Bund beizutreten. Die Urkundenfälschung erblickt der 4. Strafsenat darin, daß Hörsig nicht seine eigene, sondern eine falsche Adresse auf den Briefumschlägen angegeben hat.

Ueberzeugungstäterschaft? Ja, aber gerade deswegen ins Gefängnis. Dieser Staatsgerichtshof bemüht sich nicht einmal mehr, das Gesicht der „demokratischen Justiz“ zu wahren. Seine Urteile ergeben nur und nur gegen Links.

SA-Führer hauen, stehen, schießen, organisieren, Nordexpeditionen. Der Staatsgerichtshof nimmt keine Notiz davon. Er schickt die Kommunisten ins Gefängnis, dessen Tore Severing und die übrigen SPD-Führer mit der von ihnen gebilligten und durchgeführten Verhaftung der Brüning'schen Notverordnung weit geöffnet haben.